

**Hans-Jürgen Prien (Köln)**

**Indianerschutz  
als Teil der deutsch-brasilianischen Beziehungen**

**1 Indianerschutz als deutsch-brasilianisches Anliegen**

Am letzten Tag seines Brasilienbesuches hat Bundespräsident Roman Herzog Anfang Dezember 1995 die *Casa do Índio* in Manaus besucht und den Koordinator der CAPOIB, des Sprecherrates der Indigenen Völker und Organisationen Brasiliens, dem mehr als hundert Indianerorganisationen angehören, Sebastião Manchineri, gefragt, ob die Indianer Brasiliens mit der indigenistischen Gesetzgebung zufrieden seien, was jener verneinte (vgl. Resha 1995).

Auf der diplomatischen Bühne ist eine solche Frage durch ein als Gast im Lande weilendes ausländisches Staatsoberhaupt höchst ungewöhnlich und könnte leicht als unzulässige Einmischung in innere Angelegenheiten kritisiert werden. Die Tatsache, daß eine solche Frage dennoch gestellt wurde, deutet auf die besondere Rolle hin, die der Indianerschutz offenbar in den gegenwärtigen deutsch-brasilianischen Beziehungen spielt. Herzog erinnerte an die Unterstützung, die Brasilien für den Schutz des Amazonasregenwaldes von der G7-Gruppe im Rahmen des Pilotprogramms erhält,<sup>1</sup> und an die von der Bundesregierung für den Abgrenzungsprozeß von Indianerland zur Verfügung gestellten 32 Millionen DM und versprach, an der Seite der indianischen Völker zu stehen (Kohlhepp 1995).

Zuvor hatte Präsident Henrique Cardoso bei seinem Deutschlandbesuch auf dem Empfang des Bundespräsidenten auf Schloß Augustusburg unter anderem ausgeführt: «Bei den sogenannten 'globalen Themen' wie Menschenrechten und Umwelt pflegen unsere beiden Länder eine beispielhafte

---

<sup>1</sup> Brasilien hatte der G7-Gruppe bei deren Treffen in London 1991 ein entsprechendes Programm vorgelegt, das mit 290 Millionen US-Dollar unterstützt wird (vgl. im einzelnen Kohlhepp 1995: 18).

Zusammenarbeit, die sich auf übereinstimmende Ansichten und Interessen stützen kann.» An dieser Stelle möchte ich auf die ganz konkreten Schritte hinweisen, die von der brasilianischen Regierung unternommen werden, um die Demarkierung und rechtliche Absicherung der Eingeborenengebiete voranzutreiben.<sup>2</sup>

## 2 Geschichtlicher Rückblick

Die hier beschworene Gemeinsamkeit bezüglich des Schutzes der Menschenrechte — eben auch jener der Urbevölkerung Brasiliens — war weder auf deutscher noch auf brasilianischer Seite im 19. und 20. Jahrhundert vorherrschend. Deutsche Einwanderer wurden im 19. Jahrhundert zum Teil bewußt an Punkten angesiedelt, die in indianischem Lebensraum lagen, wobei die Indianer aus wirtschaftlich interessanten Gebieten hinausgedrängt wurden. Die Siedler übernahmen die lokale Terminologie, nach der die Indianer als Ungeziefer oder Dreckschweine (Buger von französisch *bougre*) bezeichnet wurden, die man zusammenschlagen müsse. Daher erschien es auch logisch, daß in Santa Catarina und anderswo «Bugerjäger» angestellt wurden, welche die Siedler vor diesen lästigen Gesellen schützen sollten. Dies macht deutlich, daß die Indianer wie Jagdwild betrachtet wurden. Berüchtigt ist der Fall des Bugerjägers Joaquim Bueno, der 1888 das Brunnenwasser der Kaingang von Paranapanema im Staate São Paulo mit Strychnin vergiftete und sich rühmte, damit 2000 Kaingang jeglichen Alters getötet zu haben, wofür er von der Justiz niemals zur Verantwortung gezogen wurde (Moreira Neto 1972: 284-333, 312-313). Noch in den zwanziger Jahren dieses Jahrhunderts schrieb der spätere Monsignore Matias Josef Gansweidt aus Birgelen (1874-1948), der die meisten Jahre seines Lebens als Priester in Rio Grande do Sul tätig

---

<sup>2</sup> Vgl. die dort am 20. September verteilte Übersetzung bzw. deren Veröffentlichung: CIMI (9/1995: 5).

gewesen war, ein Buch unter dem Titel *Luis Bugar und die Opfer seiner Rache*, das dann 1946 portugiesisch unter dem Titel *As vítimas do Bugre*<sup>3</sup> erschienen ist und zumindest durch seinen Titel das Selbstverständnis der Pioniere widerspiegelt, die sich als Opfer der Indianer und nie die Indianer als Opfer der weißen Eroberer ansahen.

Deutschbrasilianische Intellektuelle wie der Historiker Francisco Adolfo de Varnhagen, dessen Vater Österreicher war, und der Anthropologe Hermann von Ihering zeigten eine indianerfeindliche Haltung (Moreira Neto 1972: 303). Der Lübecker Arzt Dr. Robert Avé-Lallement, der viele Jahre in Brasilien gearbeitet und weite Teile des Landes bereist hatte, schrieb 1859, daß die Botokuden in Rudeln leben, was so klingt, als ob es sich um Affen oder Wölfe handele. Und er nennt sie «Lemuren des Waldes und Fledermäuse, die zwischen Mensch und Tier umherflattern», «Weißmänner und Mannweiber» und mokiert sich bei jeder Gelegenheit über ihre Nacktheit, die er mit Barbarei gleichsetzt (Avé-Lallement 1860: 284-302). Ihrer Ausrottung hat er allerdings nicht das Wort geredet.

Ihering, der Direktor des Anthropologischen Museums von São Paulo war, stellte in einem Artikel Anfang des 20. Jahrhunderts die Ausrottung der Indianer als ein unvermeidbares Ergebnis des Fortschritts dar. Nicht zuletzt dieser Artikel führte zu lebhaften Diskussionen in akademischen und politischen Kreisen, die auf die Schaffung eines Indianerschutzdienstes hinausliefen (Moreira Neto 1972: 312), wozu auch die Erörterungen des Internationalen Amerikanistenkongresses in Wien im Jahre 1908 beigetragen haben dürften. Auf dem Kongreß berichtete Alberto Frič aus Prag über seine Arbeiten in Santa Catarina (Frič 1910: 63-67). Er zitiert Paul Ehrenreich: «Menschenraub, Sklavenjagden, blutige Repressalien mit Mord und Totschlag auf beiden Seiten sind an der Tagesordnung und

---

<sup>3</sup> Übersetzung von Irmão Eugênio Damião, Porto Alegre: Livraria Selbach, 1946.

eingeschleppte Krankheiten vollenden schließlich an den Eingeborenen das Vernichtungswerk» (Ehrenreich 1904). Diese moderne Form der Conquista gibt es nach Frič aber nicht nur in den östlichen Tiefländern Boliviens und Perus, auf die sich Ehrenreich bezieht, nicht nur im entlegenen Teilen Mato Grossos, sondern auch in Santa Catarina. Dort heuerten Land-spekulanten sogenannte Bugerjäger an und ließen sie nachts Dörfer «überfallen und alles Lebende abschlachten». Frič kommentiert: «Man muß staunen, daß trotz des 19. Jahrhunderts bestehenden Christentums es überhaupt noch möglich ist, daß es noch solche Bestien unter den Menschen gibt.» Bei solchen Bugerjagden seien eine Anzahl Frauen und Kinder in die Dörfer der Kolonisten verschleppt und als Sklaven gehalten worden. Über hundert Kinder seien in den letzten fünf Jahren in Privaterziehung oder katholischen Konventen gestorben. Zwei solchermaßen «zivilisierte» Indianer hätten einen Beruf erlernt, der eine sei ein wandernder Musiker und der andere ein Schmied, aber beiden seien Alkoholiker geworden.<sup>4</sup>

Die barbarischen Überfälle der Bugerjäger lösten natürlich Gegenschläge der Indianer aus, weshalb die Kolonisten die Regierung um Schutz gebeten hätten. Die aber habe statt dessen eine neue Bugerexpedition erlaubt, die das Morden fortgesetzt habe. Schließlich sei er zum »Pacificador dos Indios de Sta. Catharina« ernannt worden und zu dem Schluß gekommen, daß die Spirale von Gewalt und Gegengewalt nur dadurch überwunden werden könne, daß «den Wilden die Lebensmöglichkeit durch genügende Reservationen» garantiert werde und Menschenjagd und Sklavenhalten verboten und die gefangenen Kinder ihren Verwandten zurückgegeben werden. Tatsächlich habe er von der Regierung Santa Catarinas (SC) 30 000 ha

---

<sup>4</sup> Vgl. auch: «Die schlimmsten Folgen sieht man bei der internen Erziehung in geschlossenen religiösen Instituten. Leiblich und geistig. Leiblich — die Kinder sterben in kurzer Zeit, die Erwachsenen werden schlaff, elend, anämisch, geistig entarten sie, werden Duckmäuser und verlieren ihre natürlichen Fähigkeiten und Anlagen.» (Gensch 1972: 54).

*terrenos devolutos*<sup>5</sup> erhalten, um ein solches Schutzgebiet zu errichten. Aber es gab derart heftiges Interesse an diesem bescheidenen 300 km<sup>2</sup> (Santa Catarina umfaßt immerhin 95 483 km<sup>2</sup>), die man den Nachfahren der ursprünglichen Eigentümer des Landes nicht gönnte, daß eine Pressekampagne mit anonymen Artikeln gegen Frič entfesselt wurde und gefälschte Telegramme veröffentlicht wurden, so daß sogar der kaiserliche deutsche Gesandte in Petrópolis gegen Frič tätig wurde und dafür sorgte, daß die Völkerkundemuseen von Hamburg und Berlin ihre Verträge mit Frič kündigten.

Es spricht für sich, daß Frič es noch 1908 für nötig erachtete, den Kongreß aufzufordern, dazu Stellung zu nehmen, ob man «die Wilden als Menschen oder als wilde Tiere betrachten und als solche behandeln» sollte und ob es der Kulturstufe des 20. Jahrhunderts würdig sei, «eine solche moderne Form der Conquista fortzusetzen». Er endete mit den Worten: «Falls diese Fragen negativ beantwortet werden sollten, schlage ich dem Kongresse vor, gegen diese barbarischen Taten zu protestieren, um die Geschichte der modernen Conquista der Europäer in Südamerika von solcher Schande moralisch zu befreien, und Menschenjagd und Sklaverei in den Gebieten, wo sie noch existiert, unmöglich zu machen.»

Es ist schon bezeichnend, daß die anschließende Diskussion sich weit mehr mit den Sprachtheorien Fričs als mit seinem Hauptanliegen befaßte. Und nachdem Prof. Eduard Seler zwar zugeben hatte, daß es Grenzkriege in Santa Catarina und den benachbarten Staaten zwischen den Ansiedlern und den «Wilden» gegeben habe, «die jedes menschlich fühlende Herz empören müssen», daß aber nach seinen letzten Informationen aus Brasilien «diesen Zuständen jetzt ein Ende gemacht gemacht worden» sei, scheint eine Abstimmung unterblieben zu sein, jedenfalls wurde keine Resolution gefaßt. Im übrigen bemerkte Seler mit Verweis auf Dr. Genschs Bericht «Die

---

<sup>5</sup> Für indianische Ländereien, die de facto von niemanden mehr bewohnt sind, hat sich der Begriff *terras devolutas* eingebürgert.

Erziehung eines Indianerkindes» formell zu Recht, daß die von den Bugerjägern gefangenen Indianerkinder in den Kolonien nicht wie Sklaven behandelt würden (Gensch 1972: LX-LXII).

Der nicht in Wien vorgetragene, aber im Anhang der Verhandlungen veröffentlichte Bericht Genschs, eines deutschen Arztes in Blumenau, untermauert *de facto* die Anklagen Fričs. Zwar wurden die geraubten Indianerkinder, deren Eltern zumeist kaltblütig ermordet worden waren, nicht wie Sklaven gehalten, aber sie waren in den Händen der katholischen Geistlichkeit und später bei Privatleuten zumeist todtraurig über ihr Schicksal, so daß die Kinder, die durch die erste Bugerjagd verschleppt worden waren, bis auf ein Kind in einem katholischen Konvent in der Hauptstadt Florianópolis starben, nachdem sie in einer großen öffentlich Zeremonie getauft worden waren (Gensch 1972: 17). Die Sorge, ein Indianerkind könne in einem unbeachten Augenblick seine Pflegeeltern ermorden (Gensch 1972: 16), dürfte nicht gerade zu deren freiheitlicher Erziehung beigetragen haben.<sup>6</sup>

Gensch betont, daß die Indianerüberfälle und die Mordzüge der Weißen in SC begonnen haben, nachdem sich die Europäer ab 1850 in Blumenau und Umgebung als Ackerbauern niedergelassen und den Lebensraum der Kaingang ständig verkleinert hätten. Entgegen der aufgebauchten indianerfeindlichen Propaganda seien in 58 Jahren keine 40 Siedler von den Indianern umgebracht worden. «Dieser Zahl stehen aber mehrere Hundert geschlachtete braune Opfer gegenüber» (Gensch 1972: 9-10). Aufschlußreich sei der erste Zusammenstoß gewesen. Eine Handvoll Indianer habe «es nur auf den Raub von ein paar Decken und wertlosem Hausgerät abgesehen» gehabt, aber die Siedler schossen sogleich den Häuptling nieder und stellten dessen Kopf tagelang als Trophäe auf einem Pfahle zur Schau. Erst dadurch kam es zu einigen Akten indianischer Repression,

---

<sup>6</sup> Trotzdem bemerkt Gensch (1972: 54), der seit drei Jahren laufende Versuch mit privater Erziehung der Indianerkinder bei Pflegeeltern sei «über Erwarten gut ausgefallen».

bei denen nur ein Kolonist mit einer Axt erschlagen worden sei (Gensch 1972: 12-13). So entwickelte sich die Spirale der Gewalt mit dem dann folgenden ersten größeren Vernichtungszuge von Bugerjägern. Gensch resümiert, die Geschichte der Indianer des Staates Santa Catarina sei bis 1908 «nichts weiter als die eines Vernichtungskrieges gewesen» (Gensch 1972: 6). Im übrigen würden überall «die Grausamkeiten dieser Bugermorde mit dem heuchlerischen Mantel der christlichen Liebe bedeckt, der Bugermörder geht regelmäßig zur Beichte und Absolution, sowie er seine Bluttaten abgemacht hat, und die staatlichen Autoritäten taten, als wenn sie nichts davon wußten, daß man gefangene Kinder hier und da verschenkte» (Gensch 1972: 14). Gensch nimmt für sich in Anspruch, der erste gewesen zu sein, der seine «Stimme öffentlich gegen diese grausigen Morde ertönen ließ» (Gensch 1972: 16).

Gensch selbst bemühte sich längere Zeit vergeblich, eins der verschleppten Kinder zu bekommen, um es menschlich und liebevoll zu erziehen und etwas über sein Volk, dessen Gebräuche und Sprache zu erfahren. Wegen seines protestantischen Bekenntnisses zögerten die Behörden, ihm ein Kind zu überlassen (Gensch 1972: 17). Gensch schließt seinen Bericht über das Indianermädchen, daß er schließlich doch bekommen hatte, mit derselben Aufforderung wie Frič: «Man gebe diesen Menschen endlich innerhalb ihres eigenen Landes ihre Heimstätte, ihre Reservationen, lasse sie dort ihrem Leben nachgehen und allmählich mit der Zivilisation in Berührung kommen. Menschenfreundlichkeit gehört dazu und Menschenfreunde» (Gensch 1972: 52).

Für die schließliche Gründung des Indianerschutzdienstes waren außerdem die ständigen Zeitungsberichte über gewaltsame Auseinandersetzungen zwischen «Weißen» und Indianern an den Zivilisationsrändern von Bedeutung, d. h. besonders im Inneren des Staates São Paulo, wo die Kaffeeanbaugebiete expandierten und dafür neue Eisenbahnlinien gebaut wurden, und in Santa Catarina, wo es ständig zu Zusammenstößen zwischen deutschen Siedlern und Xokleng kam (Angelis 1992:

150-151). Vorausgegangen waren Massaker an ganzen Völkern wie den Apurinã in Acre, den Mura am Amazonas, den Canela in Maranhão, den Botokuden im Osten und den Oti im Inneren von São Paulo. Gummisammler am Amazonas versklavten ständig Indianer aus den Völkern der Yamamadi, Kulina und Kaxinawá, zerstörten deren Dörfer und raubten ihre Frauen (Angelis 1992: 144). Bei den sogenannten «Kautschukgreueln» war es zu regelrechten Menschenjagden gekommen, die zu einer demographischen Katastrophe am Amazonas führten. Der Widerstand der «Wilden» wurde durch vieltausendfache Massenmorde gebrochen. Zum Gummisammeln geeignete Indianer wurden zur Zwangsarbeit verschleppt, Indianerinnen in Zuchtfarmen zur Gewinnung von Arbeitskräftenachwuchs gesteckt, unergiebiges Gummisammler zu Tode geprügelt bzw. gleich umgebracht (Münzel 1978: 460-461, 524).

Ende 1908, als die Gefahr neuer Indianermassaker immer größer wurde, die damit gerechtfertigt wurden, daß die Indianer den Fortschritt behinderten und selbst nicht entwicklungsfähig seien, protestierten die Mitglieder des Nationalmuseums nachdrücklich gegen solche kriminellen Ideen, deren Protagonisten sich auf Ihering berufen konnten. Sie warfen ihren Zeitgenossen vor, dieselben Fehler zu begehen, welche die Eroberer seit 1535 gemacht hätten: das gemeine Streben, die Indianer mit Gewalt zu unterjochen und zu versklaven und sich ihrer Ländereien zu bemächtigen. Während die Einwanderer durch großzügige Gesetze geschützt und gefördert würden, vergäbe der Gesetzgeber die Indianer in ihrer Not, obgleich sie «im allgemeinen intelligent, fleißig und arbeitsfähig seien, wenn sie unter fähiger und selbstloser Leitung stehen» (Dostal 1972: 339). Viele Mitglieder des Stabes des Nationalmuseums waren zuvor Mitarbeiter in einer der Rondon-Kommissionen gewesen, die General Cândido Mariano da Silva (1865-1958), der sich erst später den Beinamen Rondon zulegen sollte, leitete. Beim Ausbau des Telegraphennetzes im Hinterland durch das Heer hatte der Positivist Rondon, der selbst auch Mitglied der Positivistischen Kirche Brasiliens war, seine friedliche Kontakt-



methode mit den Ureiwohnern entwickelt und jene Prinzipien geprägt, die auch die Arbeit des 1910 gegründeten Indianerschutzdienstes (SPI) unter seiner Leitung prägen sollten: «Die indianischen Stämme als unabhängige Völker achten.» / «Wenn nötig sterben, aber nie morden.» / «Den Indianern den Besitz der Ländereien garantieren, die sie bewohnen und die sie zu ihrem Überleben gebrauchen.» / «Den Indianern den direkten Schutz des Staates sichern.» (Baldus 1972: 209-228, 210).

Entsprechend seinem evolutionistischen Kulturbegriff meinte Rondon, die Indianer zu arbeitsamen und nützlichen Bestandteilen der Nationalbevölkerung machen zu können, freilich mit Respektierung ihrer Eigenart und Sicherung ihres Landes. Aber der integrative Ansatz dieser Indianerpolitik war von Anfang an mit wirtschaftlichen und parteipolitischen Zielen vermischt. Das Bürgerliche Gesetzbuch von 1916 (*Código Civil*) erklärte die Indianer — ähnlich den Frauen im damaligen deutschen Recht — für beschränkt geschäftsfähig, machte sie also zu ewigen unmündigen Jugendlichen, die unter der Vormundschaft des Staates standen, die durch den SPI ausgeübt wurde. Aber der SPI verwandelte sich bald in einen korrupten und gewalttätigen Apparat, der nicht vom Idealismus Rondons bestimmt wurde, der die indianischen Völker pazifizieren und erhalten wollte. Vielmehr wurde die Pazifizierung dazu benutzt, die Indianer den Interessen der Nationalgesellschaft gefügig zu machen, und das hieß meist, sie zu unterwerfen, auszubeuten und ihnen Land, Frauen und Kinder zu stehlen. In den vierziger Jahren führte die mangelhafte finanzielle Ausstattung des SPI dazu, daß weithin indianische Ländereien an «Weiße» verpachtet wurden. Skandale und von SPI-Funktionären geduldete Massenmorde führten schließlich 1967 zur Auflösung der Behörde (d'Angelis 1992: 146).<sup>7</sup>

---

<sup>7</sup> Zu den Massenmorden vgl. unter anderem Falk-Rønne (1970) bzw. den «Lima-Report», den Bericht des Innenministers Albuquerque Lima, der zur Auflösung des SPI führte.

### 3 Zur Indianerpolitik ab 1967

Wie Herbert Baldus schon 1972 schrieb, haben sich oft regionale politische Interessen und das Gesetz des Stärkeren gegen den gesetzlichen Auftrag des SPI durchgesetzt (Angelis 1992: 219). Diese Regel gilt leider bis heute. Die Tatsache, daß die Militärs nach der Auflösung des SPI nicht gegen die schlimmsten Missetäter ermittelten, sondern alle Verbrechen ungestraft ließen, ließ wenig Gutes von der 1967 gegründeten Behörde *Fundação Nacional do Índio* (FUNAI) erwarten. Statt an die ursprüngliche humanistische Politik Rondons anzuknüpfen, geschweige denn an seine im Alter vorgenommene Revision seiner Ideen (Prien 1975: 9),<sup>8</sup> wurde bald die an der *Escola Superior de Guerra* entwickelte Ideologie der Nationalen Sicherheit und eine von pharaonischen Projekten geprägte Entwicklungsplanung für die Indianerpolitik bestimmend. 1970 begann das Transamazônica-Straßenbauprogramm, das den Lebensraum vieler Völker durchschnit und sie in verderblichen Kontakt mit Straßenbauern brachte, die sie mit Krankheiten infizierten, gegen die sie keine Widerstandskräfte entwickelt hatten, und ihre Frauen mißbrauchten. Der FUNAI fiel die Aufgabe zu, entsprechende Völker rechtzeitig zu pazifizieren, um unliebsame Zusammenstöße zu vermeiden. Für gigantische Staudamm-, Viehzucht- und Erzgewinnungsprojekte wurden störende indianische Völker rücksichtslos aus ihrem Habitat

---

<sup>8</sup> 1949 bekundete Rondon, daß jede Politik der Integration und Nationalisierung der Indianer falsch sei, weil sie dem unterschiedlichen kulturellen Niveau nicht gerecht werde und weil die Aufgabe einer Stammeskultur und der Übergang in die sogenannte Zivilisation keineswegs einen «Fortschritt» bedeute, sondern eine Verarmung im Sinne der Aufopferung einer genuinen Form des Menschseins. Deshalb forderte Rondon die Erhaltung der Stammeskulturen. Die Alphabetisierung der Indianer dürfe nur in ihrer eigenen Sprache vorgenommen werden. Durch die Förderung einfacher wirtschaftlicher Tätigkeiten könnten die Indianer mit einer ihrer Struktur angemessenen Produktion in die Wirtschaft der Region integriert werden.

umgesiedelt. Das gigantische Carajás-Projekt erfaßte sogar das Gebiet zehn verschiedener indianischer Ethnien.

Die Jahre 1983/4 markierten die Wende zu einer nur noch von wirtschaftlichen Erwägungen bestimmten Indianerpolitik, d. h. zur rücksichtslosen Aneignung indianischer Territorien und ihrer Bodenschätze. Sogar der Präsident der FUNAI, Nelson Marabuto, d. h. einer der drei Präsidenten des Jahres 1984, die nacheinander im Amt waren, gab öffentlich den Zusammenbruch der brasilianischen Indianerschutzpolitik zu und bezeichneten den offiziellen Indigenismus als «Bluff». Die FUNAI hing vom Innen-, Justiz- und neuerdings auch Wirtschaftsministerium ab und konnte, nachdem der letzte Militärpräsident, General Figueredo, im Februar 1983 das Dekret Nr. 88118 unterschrieben hatte, ohne die Autorisierung durch diese Ministerien nicht einmal mehr die Vermessung indianischer Territorien selbständig durchführen.<sup>9</sup> Dabei hatte das Indianderstatut von 1973, das die Indianer weiterhin in Unmündigkeit hielt, sie aber den Landesgesetzen unterstellte, bestimmt, daß die Abgrenzung der indianischen Territorien innerhalb von fünf Jahren durch die FUNAI durchzuführen sei.

Aber die Militärs propagieren seit 1986 sogar ihr Projekt *Calha Norte* (Nordschiene), das sie bis heute nicht aufgegeben haben. Das Projekt wird geopolitisch begründet. Durch die Schaffung breiter militärischer Grenzzonen im Bereich aller nördlichen Zuflüsse des Amazonas mit Flughäfen, Militärstützpunkten, Krankenhäusern und die Anlage landwirtschaftlicher Kolonien soll der Amazonasraum vor angeblich drohendem ausländischen Zugriff geschützt werden. Von Roraima bis Acre würden dadurch praktisch alle indigenen Völker betroffen, d. h. 45 % der gesamten indigenen Bevölkerung Brasiliens. Durch

---

<sup>9</sup> Nachdem es zuvor nur einzelne Schutzgebiete unter der Hoheit von Bundesstaaten gegeben hatte, hat Brasilien erst 1962 nach US-Vorbild angefangen, Reservationen zu schaffen. «1981 waren erst 14 % der in Frage stehenden Gebiete vermessen» (Müller 1995: 217). Zur Indianerproblematik Mitte der achtziger Jahre und der Haltung der Kirchen vgl. auch Prien (1989: 371-387).

die geplanten Maßnahmen würde natürlich die wirtschaftliche Durchdringung und Erschließung der Grenzregionen mit den üblichen verheerenden Folgen für die Ureinwohner erleichtert (d'Angelis 1992: 147-148).

#### 4 Zur Indianerpolitik der «Neuen Republik»

Mit der «Neuen Republik» unter Zivilpräsidenten schien sich ein Wandel zum Besseren anzubahnen, nachdem nicht zuletzt durch Druck der Nationalen Bischofskonferenz (CNBB), die 1973 mit dem *Conselho Indigenista Missionário* (CIMI) ein eigenes Handlungs- und Koordinationsorgan für die Indianerarbeit gegründet hatte,<sup>10</sup> und durch internationale ökumenische Solidarität die 1988 angenommene Verfassung eine neue Rechtsgrundlage für die Ureinwohner Brasiliens schuf. Danach gehören den Indianern alle von ihnen bewohnten, ursprünglichen Gebiete, und diese müssen innerhalb von fünf Jahren amtlich abgegrenzt werden. Sie sind unverkäuflich. Die Ethnien haben das Recht, in ihrer Sprache auf traditionelle Weise alphabetisiert zu werden. Sie dürfen auch im Hinblick auf gesellschaftliche Organisation, Sprache, Religion und Sitten in überlieferter Weise weiterleben. Im Unterricht der brasilianischen Geschichte muß die Bedeutung und der Beitrag der Urbevölkerung gewürdigt werden. Die Nutzung der Reichtümer von Feld, Wald und Wassergebieten steht ausschließlich den Indianern zu. Über die Nutzung von Flüssen zur Schifffahrt, zum Bau von Wasserkraftwerken sowie die Ausbeutung von Bodenschätzen kann nur der Nationalkongreß beschließen, und zwar nach vorheriger Anhörung der betroffenen indianischen Gemeinschaften, denen eine Beteiligung am Nutzen zusteht (d'Angelis 1992: 148-149).<sup>11</sup>

---

<sup>10</sup> Zur Zielsetzung des CIMI vgl. Anexos (1986: 119-120).

<sup>11</sup> Vgl. im einzelnen die Beiträge im von Santilli herausgegebenen Sammelband (Santilli 1993).

Aber die Umsetzung der Verfassungsbestimmungen erfolgt sehr zögerlich. Der Nationalkongreß hat bis heute die Annahme eines neuen Indianerstatuts verschleppt, durch das die Indianer bis auf wenige noch völlig unberührte Ethnien endlich als gleichberechtigte Staatsbürger in die Mündigkeit entlassen werden sollen, während unter der Präsidentschaft Cardosos auch noch ein Streit über das Dekret 22/91, durch das die indianischen Landansprüche gemäß den Vorgaben der Verfassung reguliert werden sollten, vom Zaun gebrochen wurde. Das Dekret besagt, «daß die Union alle traditionsgemäß von Indianern besetzten Gebiete grundbuchmäßig abzugrenzen hat. Und diese Worte 'traditionsgemäß besetzt' bedeuten, daß diese Räume das Gebiet eines ganzen Volkes enthalten müssen. Die Absicht des Artikels 231 [der Verfassung] ist es, den Erhalt der Gebiete der indianischen Völker zu garantieren. Das ganze kulturelle Universum des Indianers muß erhalten werden. Es sind die Jagd-, Fisch- und Sammelgebiete, die Räume wichtiger Ereignisse ihrer Geschichte» (*Brasilien Informationsdienst* 1993: 5-7).

Wie sich aus der portugiesisch-brasilianischen Rechtsgeschichte nachweisen läßt, hängen die indianischen Landrechte überhaupt nicht von der Errichtung von *Reservas Indígenas* und deren Demarkierung ab. Die genuinen Landrechte der Indianer sind schon früh von der Krone anerkannt, aber in der Praxis kaum respektiert worden. In seinem Gesetz vom 6. Juni 1755 beklagt sich König Joseph I. selbst darüber, daß die Gesetze, die in den Jahren 1570, 1587, 1595, 1609, 1611, 1645, 1648 zum Schutz des indianischen Landes erlassen worden sind, wegen der Habgier privater Interessenten ständig mißachtet worden seien (Tourinho Neto 1993: 11). Nach dem nicht widerrufenen *Alvará Régio* von 1680 kommt den Indianern ein originäres Landrecht (*indigenato*) zu, das keinerlei zusätzlicher Legitimierung bedarf. Indianerland ist keine *res nullius* und kann folglich nicht durch Inbesitznahme rechtlich angeeignet werden. Aber der *indigenato* ist von Eroberern und Kolonisten selten respektiert worden (Tourinho Neto 1993: 13). Deshalb schrieb schon die Verfassung von 1891 eine geeignete gesetzliche Absiche-

rung der indianischen *posse* in Abstimmung zwischen Bund und Bundesstaaten vor. Auch die Verfassungen von 1934 und 1937 garantierten den indianischen Landbesitz und verboten diesbezüglichen Landverkauf. Ähnlich die Verfassung von 1946, die freilich die Klausel einführt, daß die *silvícolas* in ihren Ländereien ständig lokalisiert sein müssen, was die Verfassung von 1967 wieder aufnimmt, während die Verfassung von 1969 zusätzlich deren Nutznießung (*usofruto*) garantiert. Im Indianerstatut von 1973 wird festgelegt, daß die *posse indígena* in weiterem Sinne zu verstehen sei als die *posse civil*, nämlich auf das Land bezogen sei, das sie bewohnen und das für ihre wirtschaftliche Subsistenz unerläßlich ist. Die Verfassung von 1988 geht weiter, indem sie eine ständige *posse* auch für die Zukunft garantiert (Tourinho Neto 1993: 18-22). Nach der heutigen Rechtslage sind die indianischen Ländereien öffentliches Gut des Bundes, aber deren Besitz steht ausschließlich den Indianern zu. Der Bund kann diese Ländereien nicht enteignen und verkaufen. Sie unterliegen nicht dem zivilen, sondern dem öffentlichen Recht (Tourinho Neto 1993: 36-39).

Sabine August hat kürzlich im einzelnen gezeigt, daß die verschiedenen Gruppen der Landbevölkerung überzeugt sind, das Land viel besser nutzen zu können als die Ureinwohner. Ihr Bild von den indianischen Gemeinschaften in ihrer Nachbarschaft ist «durch abgrundtiefen Haß, Argwohn und Voreingenommenheit» charakterisiert. Die Indianer gelten «als Verbrecher und kulturlose Nichtsnutze», weshalb «vor allem die ländliche Bevölkerung kein Verständnis dafür hat, daß sich der Staat verpflichtet hat, die Indianer zu verteidigen. Die Beendigung des offiziellen Indianerschutzes wäre in ihren Augen die richtige Lösung», denn man kann sich nicht vorstellen, «daß Indianer Mitglieder einer vollentwickelten, eigenständigen Kultur sind». Deshalb macht «das charakteristische stereotype Bild über die

Indianer eine wirksame Indianerpolitik sehr beschwerlich, wenn nicht gar unmöglich» (August 1995: 76-77).<sup>12</sup>

Insofern müßte der Bund, wenn er seinem verfassungsmäßigen Auftrag, die indianischen Gebiete, die als öffentlichen Ländereien gelten, umfassend schützen wollte, erhebliche erzieherische und aufklärende Arbeit leisten, zumal «die verarmte und ohnmächtige Landbevölkerung, die Opfer der bislang nicht durchgeführten Landreform ist», in psychologisch verständlicher Weise dazu neigt, das eigene Elend und die Armut durch die Abgrenzung und Abwertung der Indianer zu kompensieren (August 1995: 191). Aber die FUNAI denkt im Grunde ähnlich und betrachtet die Indianer als Menschen auf einer niederen Kulturstufe, nur hält sie sie nach ihren positivistisch-evolutionären Kategorien für entwicklungsfähig und meint, sie im Geiste der Nationalkultur erziehen zu müssen, damit sie deren vorgeblich höheres menschheitliches Niveau erreichen und in sie integriert werden können. Die FUNAI agiert im Interesse mächtiger und entscheidungsstarker Gesellschaftsgruppen, die nicht an der Erhaltung ethnischer Vielfalt interessiert sind (August 1995: 195-196), sondern im Geiste des traditionellen lateinamerikanischen Nationalismus des 19. Jahrhunderts kulturelle Einheit durch Integration erreichen will (Prien 1991: 117-142), was zugleich wirtschaftlichen und utilitaristischen Interessen dieser Gruppen entspricht. Denn nur so können die Ureinwohner als billige Arbeitskräften für den Wirtschaftsprozeß genutzt werden. Gleichzeitig können sich Landspekulanten, Großgrundbesitzer und Bergbaugesellschaften eines Großteils ihrer Ländereien bemächtigen, die sie nicht mehr benötigen, wenn sie sich dem Lebensstil der armen *caboclos* angepaßt haben, jener im Laufe der Jahrhunderte akkulturierten Nachkommen von Indianern, die als Minifundienbesitzer oder Landarbeiter ein kümmerliches Dasein

---

<sup>12</sup> Sie verweist bezüglich der letzten Feststellungen auf Gerdtts (1983: 50) und Cardoso de Oliveira (1978: 65-67).

fristen, sich aber gleichwohl kulturell ihren Artverwandten hoch überlegen fühlen.<sup>13</sup>

Es ist daher eine rühmliche Ausnahme, daß der seit 1991 amtierende Präsident der FUNAI, Sydney Possuelo, sich sehr um die Durchführung des Demarkierungsprozesses für die indianischen Schutzgebiete bemüht hat und 1993 aus Protest gegen den über den zuständigen Minister auf ihn ausgeübten Druck, der von Wirtschafts- und Militärkreisen ausging, zurückgetreten ist (*Brasilien Informationsdienst* 6/1993: 5-6). Die 1993 entfachte Diskussion um eine Revision des Dekrets 22/91 hat nicht nur zu rechtlicher Verunsicherung und Stagnation bei den Demarkierungsarbeiten geführt, die ohnehin den von der Verfassung gesetzten Fünfjahrestermine längst überschritten haben, sondern auch zu einer Serie von Gewalttätigkeiten und verstärkter Eindringung in indianischen Lebensraum, was hier nicht weiter geschildert werden kann. Bis 1994 waren erst 51 % der indianischen Gebiete mit 462 625 km<sup>2</sup> «demarkiert» (*Brasilien Informationsdienst* 5/1994: 14).

Das Hauptargument der Kritiker, daß die Anerkennung aller indianischen Landansprüche untragbar sei, weil es darauf hinauslaufe, daß 10,5 % des brasilianischen Staatsgebietes von «nur» 250 000 bis 300 000 Menschen beansprucht würde, überzeugt aus zweierlei Gründen nicht. Erstens haben Nachbarstaaten wie Venezuela und Kolumbien prozentual sogar noch mehr Gebiete zur Verfügung gestellt,<sup>14</sup> und zweitens wird immer vergessen, daß es sich hierbei zugleich um Natur- und Klimaschutzmaßnahmen handelt, die der Allgemeinheit zugutekommen (Prien 1994: 213-229). Aber Staatspräsident Fernando Henrique Cardoso und sein Justizminister Jobim haben sich trotz aller Proteste für die Einführung eines kontradiktorischen Verfahrens eingesetzt, das Eindringlingen in indianische Gebiete, Großgrundbesitzern, Holzfirmen, Goldsuchern und

---

<sup>13</sup> Zur Mentalität der *cabacolos* vgl. August 1995: 48.

<sup>14</sup> Hierauf hat beispielsweise Possuelo hingewiesen; vgl. Interview das Interview mit ihm in: *Brasilien Informationsdienst* (6/1993: 6).



Landspekulanten Einsprüche während des Demarkierungsverfahren erlaubt. Cardoso hat am 8. Januar 1996 das neue Dekret 1775 unterschrieben und damit das vorige außer Kraft gesetzt.

Indianerorganisationen und die CNBB haben dagegen protestiert, die Verfassungsmäßigkeit des neuen Dekrets wird angefochten. Nach Auskunft des CIMI seien «247 der 554 indigenen Gebiete von der Dekretänderung betroffen».<sup>15</sup> Bis Anfang April waren bereits Einsprüche gegen 35 % der Indianerterritorien, die bereits abgegrenzt sind oder abgegrenzt werden, bei der FUNAI eingegangen (CIMI 4/1996: 15-16). Die G7-Gruppe und die Bundesregierung werden dazu Stellung beziehen müssen, ob die veränderte Rechtslage in Brasilien auch internationale Abmachungen berührt. Es könnte ja sein, daß die deutsche Hilfe zur Demarkierung indianischer Gebiete entgegen der ursprünglichen Intention nun weniger zum Nutzen als zum Schaden der Indianer dienen wird. Indianerführer haben Bundeskanzler Kohl schon im Januar deshalb brieflich aufgefordert, das Abkommen über Finanzierungshilfen zeitweilig zu suspendieren, da die Gefahr bestehe, daß es zur Verkleinerung der Reservate verwendet werde (*Brasilien Informationsdienst* 4/1996: 18-19).

Daß der Indianerschutz inzwischen tatsächlich ein Bestandteil der deutsch-brasilianischen Beziehungen geworden ist, erkennt man allein daran, daß Justizminister Nelson Jobim im April 1996 nach Bonn eilte, um das neue Dekret gegenüber Justizminister Schmidt-Jortzig und der Öffentlichkeit zu rechtfertigen. Gleichzeitig wurde an der Heimatfront erneut der FUNAI-Präsident ausgewechselt, nämlich Márcio Santilli, der erst seit September 1995 im Amt war, durch den Anwalt Júlio Gaiger ersetzt, der seit dem Vorjahr schon den Kurs des Justizministers unterstützt hatte und der Verfasser des neuen Dekrets ist (*Brasilien Informationsdienst* 3/1996: 17-18).

---

<sup>15</sup> «Landraub an brasilianischen Indianern mit Hilfe deutscher Steuergelder?», in: *Brasilien Informationsdienst* (1/1996: 13-15).

Man kann sich fragen, ob angesichts dieser Lage diplomatischer Druck eines befreundeten Staates, wenn er denn überhaupt ausgeübt würde, Positives bewirken kann oder ob die deutsch-brasilianische Gemeinsamkeit sich eher auf feierliche Erklärungen beschränkt. Dennoch sollte Bonn schon um der Glaubwürdigkeit seiner Politik willen den brasilianischen Zickzackkurs nicht einfach hinnehmen. Freilich müßte sich die deutsche Seite auch fragen, ob deutsche Wirtschaftskreise nicht im Grunde genauso agieren wie ihre brasilianischen Partner bzw. diese in ihrem Kampf gegen die Rechte der indigenen Völker direkt unterstützen. Die Zukunft wird erweisen, ob die brasilianische Regierung, wie sie zur Zeit versichert, das neue Dekret tatsächlich nur dazu nutzen wird, die Errichtung von *Reservas Indígenas* juristisch unanfechtbar zu machen.

### Literatur

- Anexos (1986): «Os povos indígenas e a Nova República», in: *Documento do Conselho Indigenista Missionário*, (Orgão anexo à CNBB), São Paulo: Selbstverlag.
- d'Angelis, Wilmar (1992): «Rondon e o SPI: Rondon e a questão indígena no século 20», in: Prezias, Benedito / Hoornaert, Eduardo (Hrsg.): *Esta terra tinha dono*, São Paulo: Cehila Popular; CIMI, S. 150-151.
- August, Sabine (1995): *Die Indianer im Spiegel der brasilianischen Gesellschaft*, Frankfurt am Main: Verlag für Interkulturelle Kommunikation.
- Avé-Lallement, Robert Christian Berthold (1860): *Reise durch Nordbrasilien im Jahre 1859*, Leipzig.
- Baldus Herbert (1972): «Métodos e resultados da ação indigenista no Brasil», in: Schaden, Egon (Hrsg.): *Homem, cultura e sociedade no Brasil*, Petrópolis: Vozes, S. 209-228.
- Cardoso de Oliveira, Roberto (1978): *A Sociologia do Brasil indígena*, Rio de Janeiro.
- Brasilien Informationsdienst* (Mettingen) (6/1993).
- Brasilien Informationsdienst* (Mettingen) (3/1994) und (5/1994).

- Brasilien Informationsdienst* (Mettingen) (1/1996), (3/1996) und (4/1996).
- Dostal, W. (Hrsg.) (1972): *The Situation of the Indian in South America: Contribution of the Study of Inter-Ethnic Conflict in the Non-Andean Regions of South America*, Genf: World Council of Churches.
- Ehrenreich, Paul (1904): «Die Ethnographie Südamerikas im Beginn des 20. Jhs. unter besonderer Berücksichtigung der Naturvölker», in: *Archiv für Anthropologie* (NF) 3/1.
- Falk-Rønne, Arne (1970): *Massenmord im Mato Grosso*, Gütersloh: Bertelsmann Sachbuchverlag.
- Frič, Alberto (1910): «Völkerwanderungen, Ethnographie und Geschichte der Konquista in Südbrasilien», in: *Verhandlungen des XVI. Internationalen Amerikanisten-Kongresses Wien, 9. bis 14 September 1908*, redigiert vom Generalsekretär Regierungsrat Franz Heger, Erste Hälfte, Wien; Leipzig: A. Hartleben's Verlag.
- Gensch, Hugo (1910): «Die Erziehung eines Indianerkinde: praktischer Beitrag zur Lösung der südamerikanischen Indianerfrage», in: *Verhandlungen des XVI. Internationalen Amerikanisten-Kongresses, Wien 9 bis 14 September 1908*, redigiert vom Generalsekretär Regierungsrat Franz Heger, zweite Hälfte, Wien; Leipzig: A. Hartleben's Verlag.
- Gerdts, Johanna (1983): «Indianer Brasiliens: Opfer des Fortschritts», in: *Program* 14/96, S. 9-60.
- Kohlhepp, G. (1995): «El Programa Piloto internacional para Amazonia: un modelo de desarrollo regional sostenible», in: Heineberg, H. (Hrsg.): *Investigaciones alemanas de Geografía en América Latina*, Münster; Tübingen: Institut für wissenschaftliche Zusammenarbeit, S. 9-30.
- Moreira Neto Araujo, C. (1972): «Some Data Concerning the Recent History of Kaingang Indians», in: Dostal (1972: 284-333).
- Müller, Wolfgang (1995): *Die Indianer Amazoniens*, München: Beck.

- Münzel, Mark (1978): «Mittel- und Südamerika», in: Lindig, Wolfgang / Münzel, Mark (Hrsg.): *Die Indianer*, München: Deutscher Taschenbuchverlag.
- Prien, Hans-Jürgen (1975): «Indianerpolitik und katholische Mission in Brasilien im 19. und 20. Jh.», in: *Indiana* 3, S. 155-181.
- Prien, Hans-Jürgen (1989): «Mission und Indianer in ihrer gegenwärtigen Problematik», in: Hartmann, G. (Hrsg.): *Amazonien im Umbruch*, Berlin: Dietrich Reimer, S. 371-387.
- Prien, Hans-Jürgen (1991): «Der Gedanke des Nationalstaats in Lateinamerika und das Problem des religiösen und ethnisch-kulturellen Pluralismus», in: *Geschichte und Kulturen: Münsterische Zeitschrift zur Geschichte und Entwicklung der Dritten Welt*, S. 117-142.
- Prien, Hans-Jürgen (1994): «Ökologie und Mission: Indianer als Garanten des ökologischen Gleichgewichts im Amazonasraum?», in: Stüben, Peter E. (Hrsg.): *Seelenfischer: Mission, Stammesvölker und Ökologie*, Gießen: Focus (Ökozid extra; 4), S. 213-229.
- Resha, J. (1995): «Presidente da Alemanha promete apoio aos índios», CIMI-Fax vom 6. Dezember an ALASEI-Bonn.
- Santilli, Juliana (Hrsg.) (1993): *Os direitos indígenas e a constituição*, Porto Alegre: Núcleo de Direitos Indígenas e Sergio Antonio Fabris Editor, S. 9-43.
- Tourinho Neto, F. da Costa (1993): «Os direitos originários dos índios sobre as terras que ocupam e suas consequências jurídicas», in: Santilli (1993: 9-43).